

HH-Rede der AfD-Fraktion im Kreistag zur 3. Lesung - gehalten am 12.12.2025 von Michael Weller (es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Landrat Möller,
sehr geehrter Herr Kreiskämmerer Haas,
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aller Kreisinstitutionen,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

zunächst möchte ich mich im Namen der AfD Fraktion herzlich bei der Kreiskämmerei und Kreisverwaltung bedanken, die einige Einsparpotentiale bereits offengelegt und teilweise ja auch schon umgesetzt hat.

Der Weg der Konsolidierung ist der richtige, aber dennoch gibt es einige Punkte, die wir so nicht mittragen können.

Wir haben, das muss man einfach so klar sagen, die letzten Jahre deutlich über unsere Verhältnisse gelebt. Damit meine ich nicht nur die kommunale Ebene, sondern vor allen Dingen auch die Bundespolitik.

Das Bürgergeld ist weiterhin zu attraktiv für viele, die es sich in der sozialen Hängematte bequem machen.

Laut einer kürzlichen Umfrage gab über ein Viertel der befragten Bürgergeldempfänger an, dass sich die finanzielle Situation bei einer Jobsuche nicht verbessern würde, daher lohnt es sich für viele erst gar nicht arbeiten zu gehen.

Eine Kombination aus teurer Energie, die sich die Menschen und Unternehmen kaum noch leisten können, den höchsten Steuern in der ganzen Welt und immer mehr Bürokratie, statt weniger, so wie uns seit Jahren versprochen wird, treibt die Unternehmen aus dem Land.

Deutschland als führendes Technologie- und Industrieland ist zum Aktenkoffer der ganzen Welt geworden.

Aber nun zum Kreishaushalt: 210 Millionen Euro erhält der Landkreis und seine Kommunen aus dem Sondervermögen, Schulden, die in die Zukunft verschoben, den nächsten Generationen aufgebürdet werden - Nachhaltigkeit sieht anders aus! Das einzig Positive daran ist, dass die Gelder zumindest nicht förderschädlich sind.

Wir als AfD Fraktion unterstützen den Konsolidierungskurs von Ihnen Herr Landrat, aber einen kompletten Kahlschlag im Sozialbereich, den gilt es aus unserer Sicht zu vermeiden.

Sozial ohne rot zu werden, das fordern wir mit dem Erhalt der 12 Familientreffs, der Fortführung der Förderung des Kreisjugendrings und zumindest einer 50-prozentigen Fortführung der Zuschüsse für die Kinder- und Jugendhilfe im Landkreis Göttingen.

Die Familientreffs, tragen maßgeblich dazu bei, präventiv zu wirken und vermeiden somit teure Folgekosten in der Jugendhilfe und Sozialarbeit - 550.000 Euro, die wir jetzt investieren, aber uns stattdessen teure Folgekosten in der Zukunft sparen.

Gegenfinanzierungsvorschläge für den Erhalt aller 12 Familientreffs haben wir dazu erarbeitet und werden nachher noch bei der Vorstellung unserer Anträge darauf eingehen.

Der Kreisjugending, der mit vielen Ehrenamtlichen entscheidend dazu beiträgt, junge Menschen in ihrer Eigenverantwortung, Gemeinschaftsfähigkeit und Heimatverbundenheit zu stärken. Ich möchte hier beispielhaft und positiv die Ferienfreizeiten ansprechen.

Diese Leistungen im Sozialbereich, für die wir uns einsetzen, sind vor allen Dingen Leistungen, die denjenigen eine Chance geben, die nie eine hatten.

An der Stelle möchte ich mich auch nochmal bedanken bei allen Gästen für Ihr Interesse an der heutigen Sitzung des Kreistags und denjenigen die Unterschriften zum Erhalt der Leistungen im Sozialbereich gesammelt haben.

Der Dank gilt auch denjenigen, die sich für den Erhalt der Schulbibliothek am BSZ eingesetzt haben. Für uns ist der Erhalt unverzichtbar, denn der digitale Zugriff auf die Unterlagen ersetzt niemals die Möglichkeit sich vor Ort zu treffen und gemeinsam zu Lernen. Das ist einfach eine andere Lernqualität.

Zum Abschluss meiner Rede komme ich zur Kreisumlage. Wir unterstützen den gleichbleibenden Hebesatz aber warnen schon jetzt vor einer drastischen Erhöhung in den nächsten Jahren, die ja schon geplant ist und die Kommunen an Ihre absoluten Grenzen bringen wird.

Wir hoffen nun auf eine sachliche und faire Beratung der Anträge

Ich danke Ihnen.

HH-Antrag Nr. 1 Vollständiger Erhalt der Familientreffs (Lfd. Nr. 6)

Antrag:

Wir beantragen den vollständigen Erhalt aller 12 Familientreffs im Landkreis. Als Maßnahme zur Gegenfinanzierung fordern wir die vollständige Streichung der Folgenden Positionen:

Lfd. Nr. 95 „Integrierter Klimaschutz“ beim Landkreis GP (ca. 260.000 Euro),

Lfd. Nr. 98 „Stelle Klimaanpassungsmanagement“ (ca. 200.000 Euro)

Lfd. Nr. 123 „Stelle Klimaneutrale Verwaltung“ (ca. 30.000 Euro)

Lfd. Nr. 126 „Integrierter Klimaschutz“ (ca. 30.000 Euro)

Lfd. Nr. 136 „Demokratie Leben“ (15.000 Euro)

Lfd. Nr. 137 „Sprachbegleiter“ Bereich Flüchtlinge (15.000 Euro)

Begründung:

Die Familientreffs im Landkreis Göttingen leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur Unterstützung von Familien, Alleinerziehenden und Kindern. Sie sind niedrigschwellige Anlaufstellen, die Beratung, Begegnung, Austausch und frühzeitige Hilfsangebote miteinander verbinden. Durch ihre wohnortnahe Struktur schaffen sie Vertrauen und erreichen auch Familien, die andere Formen der Unterstützung möglicherweise nicht in Anspruch nehmen würden. Die Familientreffs werden pro Jahr von über 20.000 Bürgern im Landkreis in Anspruch genommen.

Die geplante Schließung aller zwölf Familientreffs würde einen erheblichen Einschnitt in die familienfreundliche Infrastruktur des Landkreises bedeuten. Viele Familien, insbesondere in sozial schwächeren oder ländlichen Regionen, wären damit ohne wohnortnahe Anlaufstellen für Fragen der Erziehung, Bildung und Alltagsbewältigung. Die Folge wäre eine Verschärfung sozialer Ungleichheiten und ein höherer Bedarf an späteren, kostenintensiveren Hilfemaßnahmen.

Die Familientreffs tragen maßgeblich dazu bei, präventiv zu wirken und Familien frühzeitig zu unterstützen – bevor Probleme entstehen oder sich verfestigen. Sie sind daher nicht nur sozial, sondern auch wirtschaftlich sinnvoll, da sie Folgekosten in der Jugendhilfe und Sozialarbeit vermeiden.

Angesichts dieser Bedeutung ist der vollständige Erhalt aller zwölf Familientreffs im Landkreis Göttingen dringend geboten. Der Landkreis sollte seiner Verantwortung gegenüber Familien und Kindern gerecht werden und die dafür notwendigen Haushaltsmittel bereitstellen.

Die AfD-Kreistagsfraktion spricht sich daher nachdrücklich für den Fortbestand sämtlicher Familientreffs aus, um das bestehende Netz der Familienförderung und sozialen Unterstützung im Landkreis zu sichern und zu stärken.

04.November 2025

AfD Kreistagsfraktion Göttingen

HH-Antrag Nr. 2 - Offene Kinder und Jugendarbeit (Lfd. Nr. 8)

Antrag:

Lfd. Nr.8: Offene Kinder und Jugendarbeit (Streichung der Zuschüsse 525.000 Euro)

Wir beantragen keine vollständige Streichung, sondern eine Reduzierung der Zuschüsse um 50%

Begründung:

Die offene Kinder- und Jugendarbeit ist ein zentraler Bestandteil der kommunalen Jugendhilfe im Landkreis Göppingen. Sie bietet jungen Menschen verlässliche Anlaufstellen außerhalb von Schule und Familie, fördert soziales Miteinander, Eigenverantwortung und Integration und trägt wesentlich zur Prävention von sozialen Problemen und Konflikten bei.

Eine drastische Kürzung der Zuschüsse um 50 Prozent hätte gravierende Folgen: Zahlreiche Einrichtungen müssten ihr Angebot stark einschränken oder gar schließen. Dies betreffe vor allem Jugendliche, die in schwierigen Lebenssituationen auf niedrigschwellige, freiwillige Angebote angewiesen sind. Auch die ehrenamtliche Jugendarbeit, die in vielen Gemeinden eine tragende Rolle spielt, würde dadurch erheblich geschwächt.

Die AfD-Kreistagsfraktion erkennt die Notwendigkeit von Haushaltskonsolidierungen an. Angesichts der angespannten Finanzlage ist eine maßvolle Reduzierung der Zuschüsse nachvollziehbar. Daher beantragen wir die Zuschüsse, um lediglich 50% zu reduzieren.

04.November 2025

AfD Kreistagsfraktion Göppingen

**HH-Antrag Nr. 3 - Hälfliche Streichung der Förderung Richtlinie Kreisjugendring
(Lfd. Nr. 19)**

Antrag:

Wir beantragen eine Fortführung der kompletten, bestehenden Förderung.

Begründung:

Die Förderung nach der Richtlinie des Kreisjugendrings Göttingen stellt seit Jahren ein zentrales Element der Jugendförderung im Landkreis dar. Sie unterstützt die vielfältige Arbeit der Vereine, Verbände und Initiativen, die sich ehrenamtlich und hauptamtlich für Kinder und Jugendliche engagieren. Diese Förderung bildet die Grundlage für zahlreiche Projekte, Freizeitangebote, Bildungsmaßnahmen und Begegnungsmöglichkeiten, die jungen Menschen Orientierung, soziale Bindung und persönliche Entwicklung ermöglichen.

Die von der Verwaltung beantragte Streichung dieser Förderung würde die Strukturen der offenen und verbandlichen Jugendarbeit im Landkreis empfindlich schwächen. Viele Träger wären gezwungen, ihr Angebot stark einzuschränken oder gänzlich einzustellen. Damit gingen wertvolle Freizeit-, Bildungs- und Integrationsangebote verloren, die gerade in Zeiten gesellschaftlicher Veränderungen und wachsender sozialer Spannungen wichtiger denn je sind.

Die AfD-Kreistagsfraktion Göttingen sieht in der Jugendförderung eine nachhaltige Investition in die Zukunft des Landkreises. Sie trägt entscheidend dazu bei, junge Menschen in ihrer Eigenverantwortung, Gemeinschaftsfähigkeit und Heimatverbundenheit zu stärken.

04.November 2025

AfD Kreistagsfraktion Göttingen

**HH-Antrag Nr. 4 – Lfd. Nr. 21: (224.700 Euro) Erhalt der Schulbibliothek (BSZ)
Göppingen**

Antrag:

Der Kreistag möge beschließen:

1. Die geplante Schließung der Schulbibliothek am Beruflichen Schulzentrum (BSZ) Göppingen wird aufgehoben.
2. Die dafür erforderlichen Haushaltsmittel werden im Kreishaushalt bereitgestellt.

Begründung:

Die Schulbibliothek am Beruflichen Schulzentrum Göppingen ist ein wichtiger Bestandteil der Bildungslandschaft im Landkreis. Sie dient nicht nur der Literatur- und Informationsversorgung der Schülerinnen und Schüler, sondern ist auch ein zentraler Lern- und Rückzugsort für eigenständiges Arbeiten, Recherche und Vorbereitung auf Prüfungen.

Gerade im Zeitalter digitaler Medien ist eine gut ausgestattete Bibliothek von hoher Bedeutung, um Medienkompetenz, Lesefähigkeit und eigenständiges Lernen zu fördern. Die Schulbibliothek leistet somit einen wesentlichen Beitrag zur Chancengleichheit und zur Qualität der schulischen Ausbildung.

Eine Schließung würde insbesondere diejenigen Schülerinnen und Schüler treffen, die zu Hause keinen ausreichenden Zugang zu Lernmaterialien, Literatur oder einem ruhigen Lernort haben. Sie wäre zudem ein falsches Signal im Hinblick auf die Bildungsförderung und den Anspruch des Landkreises, bestmögliche Lernbedingungen an seinen Schulen zu schaffen.

Die AfD-Kreistagsfraktion spricht sich daher entschieden für den Erhalt der Schulbibliothek am BSZ Göppingen aus.

04. November 2025

AfD Kreistagsfraktion Göppingen

HH-Antrag Nr. 5 – Lfd. Nr. 16: Gebühren / Bußgeldeinnahmen - Beschaffung eines Enforcement-Trailers (355.000 Euro)

Antrag:

Die AfD Kreistagsfraktion stellt den Antrag, den von der Verwaltung geplanten Enforcement-Trailer nicht zu beschaffen.

Begründung:

Geschwindigkeitsüberwachung an Unfallschwerpunkten oder im Bereich von Schulen und Kindergärten ist ein wichtiger Bestandteil der Verkehrssicherheit, um Unfällen vorzubeugen.

Die AfD-Kreistagsfraktion lehnt die Beschaffung des sogenannten Enforcement-Trailers im Rahmen der Haushaltskonsolidierung ab.

Der Einsatz mobiler Geschwindigkeitsüberwachung dient in erster Linie der Verkehrssicherheit – nicht der Einnahmeerzielung oder Haushaltsstabilisierung.

04.November 2025

AfD Kreistagsfraktion Göttingen

HH-Antrag Nr.6 - Beteiligung am Bundesprogramm „Demokratie Leben“ (Lfd. Nr. 136)

Antrag:

Die Beteiligung des Landkreis Göppingen am Bundesprogramm „Demokratie Leben“ wird zum nächstmöglichen Zeitpunkt eingestellt.

Begründung:

In Anbetracht der angespannten Haushaltslage und der Notwendigkeit, sämtliche Ausgaben kritisch zu hinterfragen, sind wir der Auffassung, dass die fortlaufende Beteiligung an diesem Programm nicht mehr zu rechtfertigen ist. Mit im Durchschnitt ca. 15.000 Euro Eigenanteil des Landkreis Göppingen und ca. 130.000 Euro im Jahresdurchschnitt an Bundesmitteln geht hier ein erheblicher Teil an Geldern an, zum Teil fragwürdige Projekte. Wir erkennen den Nutzen einiger Projekte, stellen aber das Projekt in seiner Gesamtheit, vor allen Dingen vor dem Hintergrund der aktuellen Haushaltssituation in Frage. 2015 startete das Programm unter der Federführung des Bundesfamilienministeriums mit einem Budget von 40,5 Millionen Euro. Mittlerweile hat sich der Fördertopf mehr als vervierfacht – auf 182 Millionen Euro pro Jahr.

Wo Demokratie drauf steht, ist nicht immer Demokratie drin. Mehrere geförderte Projekte auf Bundesebene stehen unter Extremismusverdacht, dazu kommt, dass die Förderzusagen politisch geprägt sind. Laut Christoph de Vries (CDU) werden die enormen Bedrohungen für unsere Demokratie durch Islamismus, muslimischen Antisemitismus und Linksextremismus von „Demokratie Leben“ weitestgehend ausgeblendet.

Auch Mathias Brodkorb, der ehemalige Finanzminister aus Mecklenburg-Vorpommern (SPD) äußerte sich in der Vergangenheit kritisch zum Bundesprogramm: „Dieses überschreite generell die Kompetenzen des Staates“. Brodkorb so weiter:

„Unser demokratischer Rechtsstaat ist so aufgebaut, dass das Volk der Souverän ist – und eben nicht die Regierung. Das bedeutet, dass die Meinungsbildung von unten nach oben und ohne staatliche Einflussnahme zu erfolgen hat. Mit den geförderten Projekten greift der Staat aber mittelbar in die Meinungsbildung des Volkes ein. Das ist hochproblematisch.“

Das Spektrum von „Demokratie leben!“ repräsentiere nicht die Meinungsvielfalt der ganzen Gesellschaft, sondern habe eine klare politische Schlagseite. Daher stellen auch wir das Projekt in seiner Gesamtheit in Frage und fordern, dass der Landkreis Göppingen sich hier nicht weiter beteiligt.

04.November 2025

AfD Kreistagsfraktion Göppingen

HH-Antrag Nr.8 - Klage gegen den Bund wegen ausstehender Mittel

Antrag:

Der Kreistag möge beschließen:

1. Der Landkreis Göppingen wird beauftragt, rechtliche Schritte zur Durchsetzung der ausstehenden Zahlungsverpflichtungen des Bundes im Zusammenhang mit der Finanzierung der Klinik in Göppingen einzuleiten.
2. Hierzu ist unverzüglich eine rechtliche Prüfung vorzunehmen, in welchem Umfang der Bund seinen Verpflichtungen nach dem geltenden Förderrecht bzw. Finanzierungsabkommen nicht nachgekommen ist.
3. Nach Abschluss dieser Prüfung ist — sofern keine außergerichtliche Einigung erzielt werden kann — eine Klage gegen den Bund auf Zahlung der ausstehenden Mittel einzureichen.
4. Die hierfür erforderlichen Haushaltsmittel sind im Haushaltsplan 2026 bereitzustellen.

Begründung:

Seit mehreren Jahren kommt der Bund seiner gesetzlichen Verpflichtung zur Mitfinanzierung der Klinik in Göppingen nicht nach. Durch diese anhaltende Nichterfüllung hat sich ein erheblicher Rückstand aufgebaut, der sich mittlerweile auf einen hohen zweistelligen Millionenbetrag beläuft.

Diese Situation führt zu einer massiven finanziellen Belastung des Landkreises sowie der Klinik selbst. Notwendige Investitionen, Instandhaltungen und der laufende Betrieb geraten dadurch zunehmend unter Druck.

Trotz wiederholter Hinweise und Gespräche auf politischer Ebene hat sich an der Zahlungsverweigerung des Bundes nichts geändert. Der Landkreis ist daher im Interesse der kommunalen Haushaltsstabilität, der Daseinsvorsorge und der Gleichbehandlung mit anderen Regionen verpflichtet, rechtliche Schritte zur Durchsetzung der berechtigten Ansprüche einzuleiten.

Die AfD-Kreistagsfraktion sieht hierin einen notwendigen Schritt, um die finanzielle Handlungsfähigkeit des Landkreises zu sichern und die Verantwortung des Bundes für seine Verpflichtungen deutlich zu machen.

04.November 2025

AfD Kreistagsfraktion Göppingen